

Ulrich Beck geht in seinem Band: Das kosmopolitische Europa (Frankfurt 2004) von der These aus: „Europa gibt es nicht, es gibt nur Europäisierung“. Damit bringt er zum Ausdruck, dass die europäische Integration von Beginn an ein dynamischer, ergebnisoffener Prozess war. Er unterscheidet zwei Richtungen im Prozess einer Europäisierung: nach innen als ständige Kompetenzerweiterung der EU und daraus resultierender struktureller Anpassungen in den Mitgliedstaaten; nach außen durch die Erweiterungen der Gemeinschaft und den Export von Normen und Regeln.

Hilfreich ist Beck's Unterscheidung zwischen einer vertikalen und einer horizontalen Europäisierung. Während die vertikale Europäisierung die „Öffnung des nationalen Containers nach oben“ bedeutet, geht

es bei Prozessen einer horizontalen Europäisierung um eine alltagsweltliche, zivilgesellschaftliche Integration Europas. Die Kooperation der evangelischen Kirchen im Rahmen der GEKE ist ein gutes Beispiel für diese „horizontale“ Entwicklung.

Gemeinsamer Ausgangspunkt einer Europäisierung von Bildung ist die Einsicht nationaler und europäischer Politiker, dass die Bildungs- und Ausbildungssysteme den Anforderungen einer sich globalisierenden Weltwirtschaft nicht genügen. Um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, müssen Qualität gesteigert und Effizienz erhöht werden. Es geht in erster Linie um Arbeitsmarktfähigkeit, Mobilität und Flexibilität.

## Europäisierung von Bildung als Herausforderung für evangelisches Bildungshandeln

Von Peter Schreiner.

Dazu wurden folgende Prozesse etabliert:

Im Lissabon-Prozess (seit 2000) geht es um eine verbesserte Qualität und Effizienz der Bildungs- und Ausbildungssysteme in Europa.

Der Bologna-Prozess (seit 1999) strebt einen einheitlichen Europäischen Hochschulraum an. Im Kopenhagen-Prozess (seit 2002) geht es um mehr Kooperation, Transparenz und Qualitätsentwicklung im Bereich der beruflichen Bildung.

Nach geltendem Recht kommt der EU nur eine unterstützende und ergänzende Funktion im Bildungsbereich zu. Damit ist ein Bildungsdilemma der EU verbunden. Einerseits verbleibt die Kompetenz für Bildung im Blick auf Inhalte und Struktur bei den Mitgliedstaaten, andererseits erhöht sich der Druck, im Bereich der EU eine „qualitativ hochstehende Bildung“ erreichen zu wollen.

Mit dem Beschluss des Europäischen Rates in Lissabon (2000), die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden zu lassen, hat nun ein Paradigmenwechsel im Blick auf die Bedeutung von

Bildung und Ausbildung für die europäische Integration stattgefunden.

In der Umsetzung des Beschlusses von Lissabon wurden ein detailliertes Arbeitsprogramm (2002) erarbeitet und in den Folgejahren die darin enthaltenen Verabredungen konkretisiert. Als Leitbegriffe haben sich die Forderung nach lebenslangem Lernen und die Gestaltung einer globalen Wissensgesellschaft entwickelt.

Als Nachfolgestrategie für Lissabon 2000 wurde 1999 ein Strategischer Rahmen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) verabschiedet. Er basiert auf vier strategischen Zielen: Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität; Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung; Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns; Förderung von Innovation und Kreativität – einschließlich unternehmerischen Denkens – auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Neue Strategien wurden entwickelt, die verhindern sollen, dass die Zielsetzungen ähnlich verpuffen, wie dies mit den Zielen der Lissabon-Strategie geschehen ist.

## Europarat

► Der Europarat ER besteht seit 1949 und hat aktuell 47 Mitgliedstaaten. Seine Arbeit gründet sich auf der Verwirklichung von Menschenrechten, pluraler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Im Rahmen der Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa nach 1989 spielte der ER eine wichtige Rolle.

► „Kultur und Bildung“ sind ein zentrales Tätigkeitsfeld des ER. Schwerpunkte, in denen der Dialog mit den Religionsgemeinschaften gesucht wird, sind: Interkulturelle Bildung (seit ca. 2002 unter stärkerer Berücksichtigung der religiösen Dimension) und Education for Democratic Citizenship (EDC) (seit 1997).

► Wurde Religion bis Mitte der 1990er Jahre in Empfehlungen des ER überwiegend als Problem und als Konfliktquelle eingeschätzt, so wird nun der ambivalente Charakter von Religion betont und zugleich gemeinsame Werte der Religionsgemeinschaften und des Europarates. Das Streben nach Erhalt der Würde des Menschen, Demokratie und sozialer Zusammenhalt sind gemeinsame Anliegen, die eine gute Grundlage für einen Dialog bilden.

### Protestantische Perspektiven: Ebenen und Beispiele evangelischen Bildungshandelns

Protestantisches Bildungshandeln hat ein vielfältiges Potential, das in die europäische Bildungsdiskussion eingebracht werden sollte. Verschiedene Ebenen protestantischen Bildungshandelns sind zu unterscheiden:

1. Kirchlich interne Bildungsaktivitäten, z.B. Katechese, Konfirmandenarbeit, Gemeindepädagogik, Erwachsenenbildung. Beispiel: Auf Initiative der Universität Tübingen und des Comenius-Instituts wurde ab 2007 eine international-vergleichende Untersuchung zur Konfirmandenarbeit in sieben europäischen Ländern durchgeführt. Durch den empirischen Blick auf die Konfirmandenarbeit sollte öffentlich sichtbar und transparent gemacht werden, welche Bedeutung kirchliche Bildungsarbeit über den kirchlichen Bereich hinaus hat. Friedrich Schweitzer, einer der Initiatoren der Studien, begründet das mit dem knappen Satz: „Kirche in der Zivilgesellschaft muss auch ihr auf die Zivilgesellschaft bezogenes Bildungshandeln sichtbar und öffentlich plausibel machen.“ Dahinter steckt die These, dass Kirche zur Bildung und Aufrechterhaltung einer starken Zivilgesellschaft beiträgt. Zu denken ist an bestimmte Einstellungen oder Haltungen wie Solidarität, Gemeinsinn, Engagement und Verantwortung, Prosozialität und soziale Haltungen, aber auch moralische Urteilsfähigkeit und persönliche Autonomie.



► Der Europarat in Strassburg. Bild: Christian Rüfli

2. Kirchliche Bildungseinrichtungen, die auch für nicht-kirchliche Zielgruppen offen sind, z.B. Ev. Kindertagesstätten, Ev. Schulen oder Ev. Akademien. Beispiel: Eine der etwa 1200 Evangelischen Schulen in Deutschland ist die Ev. Gemeinschaftsschule Berlin-

“ Protestantisches  
Bildungshandeln hat ein  
vielfältiges Potential ”

PETER SCHREINER

Mitte, eine dreizügige Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe im Aufbau und als Grundstufe eine Evangelische Grundschule. Sie verwirklicht innovative Lehr- und Lernelemente unter der Zielsetzung: Inklusion und Vielfalt – Eine Schule für Alle. Konsequenz stehen Lob, Ermutigung und Wertschätzung im Mittelpunkt der Schulkultur. Jedem Kind soll die Chance einer seinen individuellen Fähigkeiten und Ressourcen gemäßen Entwicklung gegeben werden. Mit der Arbeit in Lehrerteams, selbstbestimmten Lernsettings, Auszeichnungsversammlungen, wöchentlichen Schulversammlungen, wöchentlichem Klassenrat wird auch Demokratie gelernt und gelebt.

3. Kirchliche Beteiligung an staatlichen Bildungseinrichtungen, z.B. Religionsunterricht in Deutschland, theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten.

4. Kirchliche Mitverantwortung an nationaler und europäischer Bildungspolitik. Beispiel: Die EKD-Synode im Herbst 2010 hat eine Kundgebung verabschiedet mit dem Titel: „Niemand darf verloren gehen!“ Evangelisches Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit. Darin wird ausgeführt, dass Bildungsgerechtigkeit zum evangelischen Selbstverständnis gehört und dass ungerechte Bildungsverhältnisse zum Widerspruch herausfordern. Ziele, die in der Kundgebung argumentativ begründet werden, sind die Hervorhebung der Verstehens- und Orientierungsdimension von Bildung und ein umfassendes Bildungsverständnis. Die evangelischen Kirchen sollten in ihrem Handeln Bildung einen ebenso wesentlichen Stellenwert einräumen wie der Verkündigung, Mission und Diakonie.

*Peter Schreiner ist Präsident der Intereuropäischen Kommission für Kirche und Schule ICCS und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Comenius-Institut in Münster.*